

Derivate

Unter die Lupe genommen

US-Kongress sucht eine weitergehende Kontrolle

In letzter Zeit häufen sich die Berichte über Verlustgeschäfte im Bereich der derivativen Produkte.

Durch die bösen Erfahrungen der Sparkassen-Krise sensibilisiert, setzt sich die amerikanische Geschäftsprüfungskommission jetzt für eine wirksamere Aufsicht des Derivatengeschäfts und die Einführung strengerer Kontrollen ein. Die Banken sind für den Status quo.

Von Claude Chatelain

Mitte April gab der Procter & Gamble-Konzern seine Absicht bekannt, die Bankers Trust New York wegen angeblich mangelhafter Beratung vor den Richter zu bringen. Wegen zwei Swap-Kontrakten, welche irrtümlicherweise fallende Zinssätze in den USA und in Deutschland antizipierten, musste das Konglomerat aus Ohio 157 Mio Dollar ans Bein streichen. Einen Monat später konnte die Presse über Verluste der Arco-Pensionskasse berichten – wiederum als Folge von Engagements in derivativen Produkten.

Es ist nicht verwunderlich, dass diese und ähnliche Meldungen die Politiker auf den Plan gerufen haben. Diese fühlen sich aus mehreren Gründen berufen, einzuschreiten. Erstens kommen sie von ihren Schuldgefühlen gegenüber dem Spar- und Leihkassen-Debakel der späten achtziger Jahre nicht los. Dass nämlich der Steuerzahler diesen auf hunderte von Milliarden Dollar geschätzten Schlamassel auszubaden hat, ist schliesslich der Aufsichtsbehörde und den Gesetzgebern Washingtons anzulasten. Und da sich die Politiker auf dem selbst für angel-

sächsische Ohren fremdklingenden Wort «derivatives» keinen Reim zu machen vermögen, fühlen sie sich erst recht herausgefordert, Licht ins Dunkel zu bringen.

Banken für Status quo

So finden dieser Tage vor diversen parlamentarischen Ausschüssen Anhörungen statt. Wie kaum anders zu erwarten, setzen sich die Vertreter von Banken und Wertschriftenhäusern auf den Standpunkt, es seien keine neuen Gesetze notwendig. Sie verweisen auf ihre internen Kontrollsysteme und geben den Abgeordneten Einblick in die komplizierte Materie des steil wachsenden derivativen Business. Dabei entbehrt es nicht der Pikanterie, dass sich selbst Gerald Corrigan von der Goldman, Sachs & Company dafür stark macht, das Ganze beim Alten zu belassen. Corrigan war nämlich vor noch nicht allzu vielen Monaten Präsident der Federal Reserve Bank in New York und in dieser Funktion einer der wortstärksten Mahner des wuchernden Derivat-Geschäfts. Wie er den Mitgliedern des Unterausschusses fürs Fernmelde- und Finanzwesen erklärt, hätten sich die internen Kontrollsysteme und Risk-Managements angesichts des öffentlichen Unmuts in dramatischer Weise verbessert. Das Potential von Problemen habe sich verringert, so dass es keiner neuen Gesetze bedürfe.

Während einige Hearings über die Bühne gingen und andere noch anstehen, ist nun letzte Woche die lange erwartete Studie des General Accounting Office (GAO) veröffentlicht worden, in welcher sich diese Geschäftsprüfungskommission ganz klar für eine Ausweitung der Kontrollen des derivativen Geschäfts ausspricht. Unter anderem wird darin gefordert, einheitliche Regeln zu definieren, wie Banken, Brokerfirmen und Versicherungsgesellschaften ihr Risiko und ihre Handelspositionen festzulegen hätten, wieviel Kapital als Sicherungspolster unterlegt werden müsste und welche zusätzlichen Daten über die Aktivität auf diesem Sektor veröffentlicht werden

sollten. Die Autoren der GAO-Studie äussern ihre Bedenken, dass sich die derivative Aktivität auf eine Handvoll Firmen konzentriert und dass die verschiedenen Märkte enger verknüpft werden. Sollte ein Händler scheitern, so die Meinung, hätte das einen ganzen Rattenschwanz von Problemen zur Folge.

Bleiben die Banken ungeschoren?

Noch hat sich der parlamentarische Unterausschuss fürs Fernmelde- und Finanzwesen nicht entschieden, ob ein neuer Gesetzesvorschlag eingereicht werden soll. Würde sich aber dessen Vorsitzender, Edward Markey, Demokrat aus Massachusetts, dazu durchringen, beträfen seine Bemühungen nur die Brokerindustrie. Über die Banken hingegen verfügt Mackey über keinerlei Aufsichtsfunktion. Nun befindet sich aber der Bankenausschuss des Repräsentantenhauses bereits im Begriff, ein neues Gesetz zu schreiben, welches schon diesen Sommer zur Debatte stehen dürfte.

Aber gerade ein solches mehrspuriges und unkoordiniertes Vorgehen will der GAO-Report verhindern. Die Autoren sprechen sich deutlich für eine einheitliche Regelung aus. Das heisst aber gleichzeitig, dass sich Debatten und Verhandlungen in die Länge ziehen und dass vor 1995 keine legislativen Entscheide zu erwarten sind.

Im Vergleich zu Versicherungsgesellschaften und Brokerfirmen unterliegen die Banken bereits heute recht strenger Kontrollen. So scheint es denkbar, dass die für die Banken geltenden Bestimmungen universalen Charakter erhalten, dass also auch Wertschriftenhäuser und Versicherungen diesen selben Regeln unterliegen. Wie man weiss, stellt sich das Weisse Haus in dieser Frage klar auf die Seite der Banken. Präsident Bill Clinton ist eher bemüht, regulatorische Hürden abzubauen statt aufzubauen.

Wie immer die neuen Gesetzesbestimmungen aussehen mögen: Ein schaler Nebengeschmack bleibt bestehen. Wie Onno Ruding, ehemaliger Fi-

nanzminister der Niederlande und heutiger Vice-Chairman von Citicorp, in einem Interview mit der «Schweizer Bank» erklärt, hat man grundsätzlich nichts gegen eine aktive Kontrolle der Aufsichtsbehörde oder gegen Massnahmen zur Veröffentlichung zusätzlicher Daten einzuwenden, sofern solche Massnahmen weltweit durchgesetzt würden. Aber nach Rudings Meinung sollte die Kontrolle von der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel durchgeführt werden und nicht von Washington. Dann hätte man Gewähr, dass neue Massnahmen für alle Marktteilnehmer gelten und nicht nur für amerikanische Banken.

Emotionsgeladen

Eines der Probleme dieser ganzen Diskussion liegt im Umstand, dass das Ganze von Emotionen getragen wird. In den letzten Jahren haben die amerikanischen Aufsichtsbehörden die Zügel markant angespannt. Sie treten den Bankiers zunehmend auf den Füssen herum, verlangen für dieses und jenes zusätzliche Dokumente, erschweren effiziente Arbeitsabläufe und verlängern die Entscheidungswege. Aus diesem Grunde erliegt jeder Bankenvertreter der Versuchung, jede auf strengere Kontrollen ausgerichtete Gesetzesbestimmung abzulehnen – selbst dann, wenn sie im Interesse der Branche sein könnte. □